Pro und Contra zur «Milchkuhinitiative»

Die Schweiz stimmt am 5. Juni über die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» in der Schweiz ab. Sie setzt sich für eine Neuordnung der Finanzierung des Strassenverkehrs in der Schweiz ein. Konkret geht es den Initiatoren dabei um eine konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Die Einnahmen der Mineralölsteuer, die aktuell vor allem von den Autofahrern erbracht werden, sollen daher zukünftig vollständig in Erhalt und Ausbau des Strassennetzes fliessen. Bisher wird der Betrag von aktuell jährlich rund drei Milliarden Franken noch geteilt: Die eine Hälfte kommt dem Strassenverkehr zugute, während die zweite Hälfte in den allgemeinen Haushalt fliesst. Dies ist den Initiatoren ein Dorn im Auge. Sie sprachen daher davon, dass die Autofahrer die «Milchkühe der Nation» seien. Im Volksmund ist die Initiative daher auch als «Milchkuhinitiative» bekannt.

Contra

Von
Urs Hany
aNationalrat, Präsident
Infra Suisse,
Vizepräsident Schweizerischer
Baumeisterverband

Die Zukunft der Strassenfinanzierung??!!

Die heutige Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) ist ein kompliziertes und unflexibles Gebilde. Die Einnahmequellen der SFSV sind:

- 50 % der Mineralölsteuer (1390 Millionen pro Jahr)
- 100 % des Mineralölsteuerzuschlags (1850 Millionen pro Jahr)
- 100 % der Autobahnvignette (340 Millionen pro Jahr)

Die «Milchkuhinitiative» verlangt nun, dass 100 % der Mineralölsteuer (2780 Millionen) in die SFSV fliesst. Heute erhält die Bundeskasse 50 % der Mineralölsteuer. Die Angaben beziehen sich beispielhaft auf das Rechnungsjahr 2015.

Bei einer Annahme der Initiative würden der allgemeinen Bundeskasse rund 1500 Millionen fehlen und müssten mit einem gravierenden Sparprogramm ausgeglichen werden. Vorgesehen wären Einsparungen im Bildungsbereich, bei der Landwirtschaft und bei der Armee. Die Initiative ändert auch nichts am heutigen komplizierten und ineffizienten Strassenfinanzierungssystem. Nicht benötigte Mittel im Jahresbudget infolge Ausführungsverzögerungen können nicht ins neue Jahr mitgenommen werden. Die Initiative bringt viel zusätzliches Geld in die Strassenkasse, löst aber die vorhandenen Strukturprobleme der Strassenfinanzierung nicht.

Analog zum Bahninfrastrukturfonds (BIF) hat der Bundesrat zur Lösung der anstehenden Problematik den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr-Fonds (NAF) erarbeitet. Der Ständerat hat die Vorlage des Bundesrates in einzelnen Teilen noch angepasst. Gemäss Beschlüssen des Ständerates soll der NAF wie folgt finanziert werden):

- 100 % Mineralölsteuerzuschlag (1700 Millionen) + eine Erhöhung von 4 Rappen/Liter (200 Millionen)
- (max.) 10 % Mineralölsteuer (250 Millionen)
- 100 % Automobilsteuer (400 Millionen)
- 100 % Autobahnvignette (360 Millionen)
- 100 % Abgabe für Elektrofahrzeuge (90 Millionen)
- Kompensationsbeitrag der Kantone zur Mitfinanzierung des Netzbeschlusses 2012 (60 Millionen Franken pro Jahr)

Als zweites Finanzierungsgefäss verbleibt die neu und einfach strukturierte Spezialfinanzierung Strassenverkehr, finanziert mit 50 % der Mineralölsteuer. Der Bundeskasse verbleiben somit noch 40 % der Mineralölsteuer.

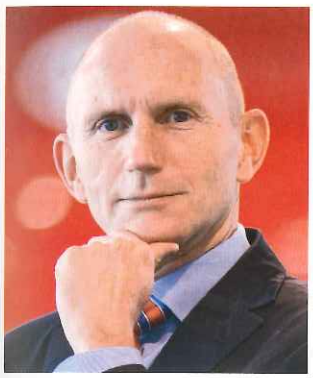
Auch der Netzbeschluss wurde in die Vorlage aufgenommen (Übernahme von 400 km Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz).

Die Vorteile der neuen Finanzarchitektur mit dem NAF und der neuen Spezialfinanzierung Strassenverkehr sind offensichtlich:

- Mehr Transparenz mittels Entflechtung der Mittelkonkurrenz, besseren Steuerungsmöglichkeiten und eine enge Zweckbindung
- Mehr Planungs- und Realisierungssicherheit, weil die Mittel dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden (Ausgaben unterliegen nicht der Schuldenbremse)
- Mehr Flexibilität zwischen den verschiedenen Nationalstrassenaufgaben (Durchlässigkeit) und bezüglich der Ausgaben über die Jahre hinweg.

Der Ständerat hat die «Milchkuhinitiative» abgelehnt und der NAF-Vorlage zugestimmt. Der Nationalrat hat die «Milchkuh» ebenfalls abgelehnt und die Verkehrskommission des NR hat dem NAF ebenfalls zugestimmt.
Nächstes Jahr kommt die NAF-Vorlage vors Volk und kann bei Annahme bereits 2018 in Kraft treten!

Pro



Von
Andreas Burgener
Direktor von auto-schweiz, Mitglied des Initiativkomitees «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»

Für eine faire Verkehrsfinanzierung

Die sogenannte «Milchkuh-Initiative» wurde im März 2014 mit über 114 000 gültigen Unterschriften von einem breit abgestützten, überparteilichen Komitee eingereicht. Ihr Anliegen ist so simpel wie nachvollziehbar: Das Geld, das der Staat aus den Abgaben, Steuern und Gebühren der Strassenbenützer einnimmt, soll vollständig und zweckgebunden in die Strasseninfrastruktur zurückfliessen. Deren Instandhaltung und die Behebung von Engpässen hat höchste Priorität, auch und vor allem für die Wirtschaft. Rund 75 % des Privat- und 60 % des Güterverkehrs in der Schweiz werden über die Strasse abgewickelt. Während Wirtschaft und Wohnbevölkerung sowie das Mobilitätsbedürfnis im Laufe der vergangenen Jahrzehnte massiv gewachsen sind, konnte die Verkehrsfläche mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Allein über das Nationalstrassennetz werden über 40 % des gesamten motorisierten Verkehrs abgewickelt, obwohl es nur 2,5 % der Schweizer Strassenfläche ausmacht. Dabei ist das seit Jahrzehnten beschlossene Netz noch nicht einmal fertiggestellt, an allen Ecken und Enden ist die Kapazität nicht mehr ausreichend. Die Folge ist eine massive Überbelastung, ein Staustundenrekord von über 21 500 im Jahr 2014 und ein volkswirtschaftlicher Schaden von rund 2 Milliarden Franken pro Jahr. Das kann sich die Schweiz auf Dauer nicht leisten. Der Investitionsbedarf bei der Strasse ist unbestritten.

Zweckbindung nur logisch

Die Strassenbenützer haben laut der Zeitschrift «Eurotax Autoinformation» im vergangenen Jahr knapp 9 Milliarden Franken an den Bund bezahlt – doch gerade einmal ein Drittel davon wurde vom Bundesamt für Strassen ASTRA für die Strasseninfrastruktur eingesetzt. Der Rest fliesst in die Bundeskasse oder wird zuhanden der Schiene umverteilt. Dazu zählt auch die Hälfte der Mineralölsteuer in Höhe von rund 1,5 Milliarden Franken, welche für die Deckung genereller Staatskosten eingesetzt wird. Bei einem Ja zur fairen Verkehrsfinanzierung fliesst dieses Geld künftig in die Strassenkasse. Wie der Bundesrat am 13. April mitgeteilt hat, betrug der Haushaltsüberschuss im vergangenen Jahr 1,7 Milliarden Franken. Deshalb sind Sparmassnahmen an anderer Stelle überflüssig.

Mehrbelastung abwenden

Während also jedes Jahr ein grosser Teil der Strasseneinnahmen direkt in die Bundeskasse fliesst, diskutiert die Politik in Bern im Rahmen der Schaffung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) zum wiederholten Male über eine Mehrbelastung der Strassenbenützer. So soll der Mineralölsteuerzuschlag um 4 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel erhöht werden. Damit würden die Abgaben auf 87 Rappen pro Liter steigen. Und das wäre nur der Anfang. Bundesrätin und Verkehrsministerin Doris Leuthard hat bereits angekündigt, dass diese Erhöhung nicht reichen werde und weitere Preisschritte folgen müssten. Das belastet Schweizer Unternehmen und Pendler auf unnötige Art und Weise. Zudem ist auch eine Preiserhöhung bei der Autobahnvignette nach wie vor nicht vom Tisch, obwohl das Schweizer Volk diese 2013 wuchtig abgelehnt hat. Warum sollen die Strassenbenützer mehr für ihre Infrastruktur bezahlen, solange ein Grossteil ihrer Abgaben zweckentfremdet wird?

Mit Annahme der «Milchkuh-Initiative» stünden für Strassenprojekte jährlich rund 1,5 Milliarden Franken mehr zur Verfügung – und das ohne Mehrbelastung der Strassenbenützer. Die Initiative für eine faire Verkehrsfinanzierung stellt mit ihrer Zweckbindung sicher, dass die bereits vorhandenen Mittel künftig richtig eingesetzt und somit Steuer- und Abgabenerhöhungen überflüssig werden. Diese wären zudem mit einem Ja am 5. Juni vollständig in der Hand der Stimmbevölkerung. Denn hier greift der zweite Bestandteil der Initiative. Künftige Verteuerungen oder Einführungen von Steuern, Abgaben und Gebühren im Strassenverkehr unterstünden dann dem fakultativen Referendum.

Mehr Sicherheit für alle

Die Milchkuh-Initiative sorgt endlich für Kostenwahrheit, Transparenz und Fairness in der Verkehrsfinanzierung. Sie ermöglicht gleichzeitig die Finanzierung des dringend benötigten Ausbauprogramms für die Strasse – ohne zusätzliche Belastung der Strassenbenützer und ohne anderen Staatsaufgaben etwas wegzunehmen. Damit können die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Strassennetzes in der Schweiz erhöht werden. Von der Initiative profitieren alle – vom Fussgänger und Velofahrer über den öffentlichen Verkehr bis zum Autofahrer und Lastwagenchauffeur. Deshalb lohnt es sich, am 5. Juni Ja zur fairen Verkehrsfinanzierung zu sagen.